

Das Drama um die Baselbieter Kitas

Regierung unter Druck In Baselland müssen erste Kindertagesstätten schliessen, weil Familien und Personal wegen neuer Tarife in die Stadt ziehen. Gefordert wären die Gemeinden – doch es harzt.

Benjamin Wirth

Wenn es um die Fremdbetreuung von Kindern geht, ist das Baselbiet nicht besonders attraktiv. Längst ist kein Geheimnis mehr: Die Kosten für Eltern sind mit durchschnittlich 1000 Franken pro Monat nach dem Kanton Uri die zweithöchsten im ganzen Land – was das angeht, ist das Baselbiet selbst in der konservativen Schweiz rückständig. Für die Branche ist daher jeder Franken kostbar.

Allerdings ist seit August dieses Jahres im benachbarten Basel-Stadt ein neues Gesetz in Kraft, das die Krise in der Landschaft speziell, und vor allem nachhaltig, verschärft: Für eine Vollzeitbetreuung ihres Kindes zahlen in der Stadt selbst gut verdienende Eltern maximal «nur» noch 1600 Franken pro Monat. Für das dritte Kind übernimmt der Kanton sogar alle Kosten. Kommt dazu: Auch die Löhne der Betreuerinnen und Betreuer wurden angehoben. Sie verdienen jetzt gleich viel wie das Personal in den schulischen Tagesstrukturen.

Zurückzuführen ist diese Gesetzesänderung auf die Kita-Initiative der SP. Sie forderte eine kostenlose Kinderbetreuung für alle Familien, woraufhin die Regierung einen Gegenvorschlag erarbeitete, den der Grosse Rat im vergangenen Herbst bis weit ins bürgerliche Lager gutgeheissen hat.

Für die Baselbieter Betriebe, insbesondere in der stadtnahen Agglomeration, ist das ein Problem. Die ansprechenden Bedingungen, die tieferen Tarife locken Personal und Familien nach Basel. Das «Regionaljournal» von SRF berichtete vor ein paar Wochen etwa von einer dreiköpfigen Familie, die von Binningen in die Stadt zog – statt 1800 Franken würden die Eltern monatlich nur noch rund 700 Franken für die Betreuung ihres Kindes bezahlen.

Geschäft wegen Millionen-Defizit sistiert

Ein Drama für die Branche in der Landschaft, doch was tun? Bereits jetzt mussten mehrere Kitas schliessen – in Binningen oder Lupsingen beispielsweise, in Birsfelden sogar zwei innerhalb weniger Monate.

Es ist offensichtlich: Baselland steckt in der Kita-Misere. Gefordert wäre da die Politik. Nur: Aktuell geschehe zu wenig, sagt



In Baselland gibt es knapp über 100 bewilligte Kitas mit rund 3050 Plätzen. Foto: Keystone

Patricia Strebel, Geschäftsführerin der Stiftung Sunnegarte, die in Arlesheim drei Kinderkrippen führt, und kritisiert: «Es fehlt an Ideenreichtum.»

Die Situation ist verfahren. Wie in Basel-Stadt hat die SP auch auf dem Land vor ein paar Jahren eine Initiative eingereicht, in der sie Gratis-Kitas fordert. Auch im Baselbiet wird es dazu einen Gegenvorschlag der Regierung geben, der aktuell ausgearbeitet wird. Darin prüft die zuständige Sicherheitsdirektion um SP-Regierungsrätin Kathrin Schweizer erstmals ein Engagement des Kantons. Für die Subventionierung der familienergänzenden Betreuung sind auf dem Land bis jetzt die Gemeinden zuständig.

Das Problem: Schweizer lässt sich Zeit. Das Geschäft ist sistiert, auch weil die aktuelle finanzielle Lage des Kantons düster ist. Das 94-Millionen-Defizit sorgt dafür, dass Finanzdirektor Anton Lauber jeden Rappen mehrfach umdreht. Zum Vergleich: Basel lässt sich sein neues Kita-Gesetz im Jahr rund 36 Millionen Franken kosten – ob der Landkanton dieses Geld aufbringen kann: offen.



Regierungsrätin Kathrin Schweizer hat Verständnis für die Kitas, kann momentan aber nicht weiterhelfen. Foto: Kostas Maros

Akut wird der Kanton die Kitas also nicht unterstützen. Aus der Verwaltung ist zu vernehmen, dass der Gegenvorschlag frühestens 2025 erwartet wird – zur Gesetzesänderung käme es dann erst im Jahr darauf. Zu spät?

Gut möglich. In der «Basellandschaftlichen Zeitung» sagte die erfahrene Bildungspolitikerin Regula Meschberger (SP): «Wir hoffen natürlich, dass die Kitas einen langen Schnauf haben und die Periode aushalten, bis wir eine bessere

Finanzierungsmöglichkeit haben und dass nicht noch weitere Kitas zugehen.» Frei nach dem Prinzip Hoffnung.

Dabei könnten die Gemeinden einspringen. Und müssten eigentlich. So zumindest die Meinung vieler Politiker, mit denen die BaZ gesprochen hat – über das linke Lager hinaus: Staatliche Subventionen sollen in den jeweiligen Gemeinden helfen, um die Branche über Wasser zu halten. Sunnegarte-Geschäftsführerin Strebel

bekräftigt: «Solange keine kantonale Lösung vorliegt, müssen wir auf die Gemeinden zugehen und um finanzielle Unterstützung bitten.» Aber es harzt. Derzeit würden die Kitas auf kommunaler Ebene auf «wenig Gehör» stossen, betont sie.

Die Gemeinden spielen den Ball lieber zum Kanton

In der Tat – viele Gemeinden, beispielsweise MuttENZ, unterstützen die Kinderkrippen aktuell nicht. Das hat vor allem zwei Gründe: weil der Kanton selbst bereits aktiv ist und mit dem Gegenvorschlag eine Gesetzesänderung erarbeitet. Und weil viele Gemeinden in den kommenden Jahren selbst ungesunde Finanzhaushalte befürchten.

Zusätzliche Finanzierungen bedeuten ausserdem einen Mehraufwand – ein neues Reglement, das erst einmal erarbeitet und dann von der Gemeindeversammlung genehmigt werden müsste. Lieber spielen die Gemeinden den Ball zum Kanton.

Für Andrea Kaufmann (FDP) ist das hingegen nachvollziehbar. Dass der Staat die Kitas sub-

ventionieren müsse: Das findet die Landrätin, Mitglied der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission, grundsätzlich keine gute Idee. Sie sagt: «Der Ruf nach Steuergeldern ist der falsche Weg.» Geht es nach ihr, müssten die Kitas sich am Markt orientieren – «so wie alle anderen privaten Unternehmen».

Geschäftsführerin Strebel hat dies getan. Um konkurrenzfähig mit der Stadt zu bleiben, habe man kürzlich die Löhne der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht. Jedoch nicht ohne Risiko, im Gegenteil: «Selbst wenn wir in den kommenden Jahren alle unsere Plätze besetzen, ist unklar, ob der Personalaufwand gedeckt werden kann.» Doch eine andere Alternative habe der Betrieb nicht.

Man hoffe allerdings, «dass wir eine Lösung zusammen mit der Gemeinde ausarbeiten werden». Allein in den Kitas der Stiftung Sunnegarte würden zwanzig Prozent aller Arlesheimer Klein- und Vorschul Kinder betreut.

Radikalere Initiative in der Hinterhand

Angesichts der für die Branche dramatischen Situation hat Strebel zusammen mit anderen Branchenkennern die sogenannte Kita-Allianz gegründet – einen Verein, der für konkurrenzfähige Gebühren und Löhne sowie einen fairen Betreuungsschlüssel kämpft. Sie werde also weiter das Gespräch mit regionalen Politikern und Wirtschaftsverbänden suchen. Zudem wolle man sich starkmachen, damit der Gegenvorschlag zur Kita-Initiative der Sozialdemokraten so rasch wie möglich präsentiert werde. «Wir müssen den Kanton und die Gemeinden davon überzeugen, dass sie, wenn sie attraktiv sein möchten, eine bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung anbieten müssen.»

Bis dahin wird es politisch wohl ruhig bleiben. Um die Kita-Misere zu beenden, warten die Parteien erst einmal ab.

Die SP etwa hofft auf das Entgegenkommen der Gemeinden sowie einen qualitativ guten Gegenvorschlag – im Wissen, dass man notfalls noch immer die radikalere Initiative mit Ausgaben in der Höhe von 170 Millionen Franken pro Jahr vors Volk bringen könnte. Unter Druck setzt sie mit Kathrin Schweizer damit die eigene Regierungsrätin.